



Protokoll der Einwohnergemeindeversammlung Bottmingen

vom 16. Dezember 2024, 19.30 Uhr, Aula Schulhaus Burggarten

Traktanden

- 1 Protokoll der Gemeindeversammlung vom 26. Juni 2024
- 2 Finanzplan 2026 bis 2029
- 3 Budget 2025
- 4 Gemeindeinitiative
- 5 Diverses

Gemeindepräsident Christian Caderas (Vorsitz) begrüsst die Anwesenden zur heutigen Gemeindeversammlung. Die Presse wird vertreten durch Gregor Szyndler (Birsigtal Bote/BiBo), Benjamin Wirth (BaZ) und Michel Ecklin (BZ). Der **Vorsitzende** bittet Anwesende, welche nicht stimmberechtigt seien, auf der Seite im Gästesektor (ganz links) Platz zu nehmen.

Wie immer wird die Gemeindeversammlung *auf Tonband aufgenommen*. Es wird gefragt, ob die Versammlung mit diesem Vorgehen einverstanden wäre, was der Fall ist. Die Sprecher/innen werden gebeten, das Mikrofon am Rednerpult zu benutzen. Ferner wird darum gebeten, sich kurz zu fassen und die Anliegen sachlich wie auch respektvoll vorzubringen.

Als *Stimmenzähler* stellen sich verdankenswerterweise zur Verfügung: [REDACTED] (linke Saal-Seite), [REDACTED] (Saal-Mitte links), [REDACTED] (Saal-Mitte rechts) und [REDACTED] (rechte Saal-Seite inkl. Gemeinderats- und Regietisch). Seitens des Gemeinderats kann Tobias Renz nicht an der Versammlung teilnehmen.

Die Versammlungseinladung wurde gemäss den Bestimmungen des Gemeindegesetzes rechtzeitig veröffentlicht und fristgerecht im BiBo publiziert.

Der **Vorsitzende** fragt die Anwesenden, ob jemand bei der Reihenfolge der Traktanden eine Änderung wünsche, was nicht der Fall ist. Das **Geschäftsverzeichnis** wird ohne Änderungen von den Anwesenden genehmigt.

1. Protokoll

Das Protokoll der letzten Gemeindeversammlung vom 26. Juni 2024 wurde auf der Website der Gemeinde Bottmingen (unter dem Datum der jeweiligen Gemeindeversammlung) publiziert und lag während den Öffnungszeiten in der Gemeindeverwaltung und eine halbe Stunde vor Versammlungsbeginn in der Aula öffentlich zur Einsichtnahme auf.

Der **Vorsitzende** fragt, ob jemand Änderungswünsche oder Ergänzungen anbringen möge. Es gibt aus der Versammlungsmitte keine Wortmeldungen dazu.

Beschluss:

://: Das Protokoll vom 26. Juni 2024 wird grossmehrheitlich (bei 7 Enthaltungen) genehmigt und der Verwaltung verdankt.

2. Finanzplan 2026 bis 2029

Der **Vorsitzende** erteilt das Wort an **Gemeinderat Matthias Richter, Departementsvorsteher Finanzen**: Er erläutert den Finanzplan 2026 bis 2029 ausführlich anhand einer Powerpoint-Präsentation. Insbesondere *kurz-, mittel- und langfristig* Massnahmen, welche der Gemeinderat zwingend angehen und entsprechend überarbeiten wolle, seien hier kurz festgehalten:

- umfassende Kostenreduktion, die Steuererhöhung und eine Überprüfung der Investitionsplanung (*kurz*);
- weitere Aufgabenüberprüfungen und Kürzungen, bzw. Optimierungen z.H. des Budgets 2026 (*kurz bis mittel*);
- die Überarbeitung der Reglemente bzgl. Gebühren und die Prüfung des Verzichts auf freiwillige Dienstleistungen (*mittel*);
- die Sicherstellung und optimierte Finanzierung der Investitionen anhand von Desinvestitionen und Inwertsetzungen (z. B. durch Vergabe von Baurechten), Zonenplan etc. (*mittel bis lang*);
- die Sicherstellung eines tragbaren Schuldenniveaus (*langfristig*).

Der **Vorsitzende** übergibt das Wort an **Dominik Schön, Sprecher und Präsident der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission (FRPK)**: Bezüglich Investitionsrechnung habe die FRPK keine Auffälligkeiten feststellen können; der Finanzplan, bzw. die Investitionsplanung zeige auf, dass die Schulraumerweiterung, der Werkhof und die Bibliothek nicht mehr abgebildet seien. Aus Sicht der FRPK würde dies die künftige finanzielle Lage der Gemeinde unrealistisch positiv darstellen, obschon die Kommission den Handlungsbedarf seitens GR verstehen könne, in der momentanen finanziellen Situation die veränderten Rahmenbedingungen und damit verbunden, die Investitionen noch einmal auf die genaue Tragbarkeit überprüfen zu wollen.

Die FRPK gibt keine Empfehlung für den Finanzplan 2026 bis 2029 an.

Der **Vorsitzende** übergibt das Wort an den **Sprecher der Gemeindekommission, Andreas Frieden**: Er wendet sich in erster Linie positiv an die zahlreich erschienenen Gemeindemitglieder; wenngleich die Geschäfte keine vielversprechende Ausgangslage darlegen, sei er sich gewiss, dass ihnen die vorliegenden Traktanden auch unter den Nägeln brenne. Bei dieser Ausgangslage sei es selbstredend, dass sich die Gemeindekommission den Finanzplan ebenfalls im Detail angesehen habe und schätze insbesondere die Bemühungen seitens Gemeinderat, sämtliche Opportunitäten geprüft zu haben und transparent darzulegen. Bottmingen sei keine reiche Gemeinde mehr. Obschon klar sei, dass sich vieles nicht sofort umsetzen liesse, resp. einer Reglementänderungen u./o. Gemeindeversammlungsbeschlüsse bedürfe, müsse man sich abgrenzen von weiteren finanziellen Ausgaben. Der gegenwärtige Finanzplan 2026 bis 2029 zeige «lediglich» die minimalen Investitionen von CHF 12 Mio auf. Jene grossen Brocken (über CHF 50 Mio) seien darin noch nicht abgebildet. Und so sei der Gemeinderat nicht nur einnahmeseitig (Steuererhöhung), sondern auch ausgabeseitig (Schulbauten; Werkhof; Bibliothek; Verkehrsberuhigungen; Trottoirverbreiterungen; Ortsbushaltestellen etc.) künftig gefordert, genauer hinzuschauen und die Wichtigkeiten zu hinterfragen und nach Möglichkeit zu redimensionieren, angedachte Projekte aufzuschieben oder gar zu streichen und so eine ganz klare Trennung zwischen «zwingend» und «wünschbar» zu generieren.

Ferner sei das Thema der Dienstleistungen anzugehen, welche ebenfalls ein hohes Kostendach erreiche, sowie die Inwertsetzungen in Betracht zu ziehen (z.B. mit dem Verkauf der Flächen des alten Friedhofs; Stöcklin-Liegenschaften; MIBO-Haus; Restaurant Station u.a.). Als erweiterte Sparmassnahme könne man der Bevölkerung sämtliche Dienstleistungen «mit Preisschild vorlegen», um so eine klare Disposition zu erlangen, (z.B. bei Ruftaxi; Ortsbus; Hallenbad etc.).

Bottmingen habe zwar keine Fremdkapitalschulden bspw. bei einer Bank, aber Schulden von CHF 30 Mio. bei den Spezialfinanzierungen (Wasser- und Abfallkasse), welche zu 1% verzinst werden, was einem halben Steuerprozent entspreche.

Grösste Einflussfaktoren zum Defizit seien die tieferen Vermögenssteuern (ca. CHF 0.9 Mio), die Tagesstruktur (ca. CHF 0.9 Mio) und die wachsende Einwohnerzahl (*mehr Kleinkinder bzw. alte Menschen, weshalb der Steuerertrag pro Steuerzahler zurückginge*). Auch mit den angedachten Steueranpassungen wäre Bottmingen unverändert unter den fünf Gemeinden mit dem tiefsten Steuersatz und könne so attraktiv bleiben. Bevor man also eine weitere Erhöhung der Steuern in Betracht ziehen würde, müsse man alle anderen Massnahmen überprüfen, bzw. ggf. umsetzen, wie «VIP-Steuerzahler»; Vorfinanzierungen oder aber die stark steigenden Entwicklungskosten für Schulen, Jugend und Alter. Die Kosten für die Tagesstruktur seien ebenfalls enorm angestiegen (CHF 900'000). Eltern hätten im Vergleich zu anderen Gemeinden (z.B. Oberwil 95%) einen deutlich tieferen Ansatz. Die zulässigen Klassengrössen und deren sinnvolle Ausschöpfung betreffend, könne kaum optimiert werden. Schulraumbedarf (1.5 Zimmer pro Klasse und die Einführung der 6. Klasse vor ein paar Jahren), wie auch die Personalkosten seien stark steigend. Eine generelle Problematik sei u.a., dass die Richtlinien seitens des Kantons vorgegeben werden, die Gemeinden aber ohne Handlungsspielraum zahlen müssten.

Das Schulhausprojekt schlage mit CHF 45 Mio zu Buche und sei in der Investitionsplanung noch nicht einmal abgebildet, sei in der ursprünglichen «Fassung» keinesfalls mehr zu realisieren, da inzwischen viel zu teuer für die Gemeinde. Benchmarking mit anderen Gemeinden sei eine Variante, um Vergleiche einzuholen dort, wo Schulraum günstiger realisiert worden sei.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Finanzplan 2026 bis 2029 zur Kenntnis zu nehmen sei, es erfolge keine Abstimmung darüber.

3. Budget 2025

Der **Vorsitzende** erteilt das Wort an **Gemeinderat Matthias Richter, Departementsvorsteher Finanzen**: Er erläutert das Budget 2025 ausführlich anhand einer PowerPoint-Präsentation. In Bezug auf die detaillierten Angaben wird auf die Ausführungen in der Einladung zur Gemeindeversammlung verwiesen. Auf die einzelnen Punkte im Detail einzugehen, würde hier den Rahmen sprengen, weshalb lediglich das Wichtigste hervorgehoben wird: Mit einem anfänglichen Defizit von CHF 8.6 Mio habe man nach Sofortmassnahmen gesucht, welche u. a. die Bevölkerung nicht direkt und umgehend spüre (kommunale Fördergelder u. Kulturbeiträge z.B.), dies nebst der beantragten Steuererhöhung:

- lineare Reduktion der Sachaufwände in der Verwaltung;
- Streichung von kommunalen Förder- bzw. regionalen Kulturbeiträgen.

Der **Vorsitzende** übergibt das Wort an **Dominik Schön, Sprecher und Präsident der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission (FRPK)**: Die FRPK sei der Meinung, dass das starke Wachstum der Personalkosten in den vergangenen Jahren auch mitverantwortlich sei für das aktuelle Defizit; erkenne aber auch, dass die wesentlichen Kostensteigerungen auf nicht beeinflussbare Faktoren für die Gemeinde (z.B. Bildung u./ Gesundheit) zurückzuführen seien.

Nebst der vorgesehenen Steuererhöhung von 5% sei der FRPK aufgefallen, dass der Finanzplan über die kommenden Jahre nicht ausgeglichen sei und ein strukturelles Defizit ausweise. Die langfristigen Verbindlichkeiten würden entsprechend bis 2029 auf rund CHF 12 Mio ansteigen (die aus dem Plan entfernten Investitionen nicht miteinkalkuliert).

Die FRPK wünsche sich und empfehle eine intensivere Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden, um Verbesserungspotential (früher) zu erkennen und Synergien zu schaffen, welche die finanzielle Situation von Bottmingen verbessern könne.

Die gestiegenen Ausgaben der Gemeinde hätten nur begrenzt beeinflusst werden können und eine Neubudgetierung würde kurzfristig keine Verbesserung bringen, so die FRPK weiter, dennoch aber gäbe es Ausgaben, welche hätten beeinflusst werden können, z. B. Personal- und Sachkosten, welche beide in den letzten Jahren weder grosse ersichtliche Sparbemühungen aufgewiesen, noch entsprechende Budgetvorgaben seitens GR erhalten hätten.



Die geplante Steuererhöhung sei ohne Gegenmassnahmen für vorgesehene Investitionen, potenziell noch weiter anzuheben. Mangels unvollständiger Investitionsplanung sei es aber sehr schwierig, das Steuerniveau adäquat einzuschätzen. Die FRPK verzichte aufgrund dieser «finanzpolitischer Ambivalenz» auf eine Empfehlung zum Budget und dem vom Gemeinderat vorgeschlagenen Steuersatz und halte an der Gemeindeversammlung eine neutrale Position ein.

Der **Vorsitzende** übergibt das Wort an den **Sprecher der Gemeindekommission, Andreas Frieden**: Die Gemeindekommission empfehle eine Rückweisung des Budgets 2025 (Stimmenverhältnis 9 JA-Stimmen zu 2 NEIN-Stimmen) und zwar aus den folgenden Gründen: Die finanzielle Situation sei extrem angespannt. Die Gemeindekommission sei sich einig darüber, unter den fünf günstigsten Gemeinden BL mit dem tiefsten Steuersatz bleiben und nicht an Attraktivität einbüßen zu wollen. Dies sei mit einer Steuerfusserhöhung von 5%-Punkten auf 50% ganz knapp noch gegeben.

Da es an Geld fehle, schlage die Gemeindekommission dennoch vor, in einem ersten Schritt die Steuerfusserhöhung (*lediglich*) um 2%-Punkte zu erhöhen auf 47%. Die Investitionsplanung für den Schulraum, den Werkhof, die Bibliothek etc. werde eine weitere Steuerfusseranpassung voraussetzen, womit man den Platz unter den Top Fünf zweifelsohne verlieren würde, weshalb die Kommission den Gemeinderat ersuche, noch einmal alles durchzugehen, anzupassen und zu verbessern, wo möglich und gegeben und für das neu zu erstellte Budget, Ausgaben in der Höhe von CHF 1.5 Mio einzusparen.

Auf Nachfrage **des Vorsitzenden** ist das Eintreten unbestritten, woraufhin die Diskussion eröffnet wird.

Lucia Mikeler Knaack: Beim Stattgeben der Rückweisung wäre die demokratische Abstimmung und vorgängige Diskussion über das Budget hinfällig. Der Gemeinderat wäre angehalten, ein neues Budget vorzulegen, was wiederum zur Folge hätte, dass lediglich die gesetzlich vorgeschrieben/gebundene Ausgaben getätigt werden können. Die Rückweisung des Budgets würde die finanzielle Unsicherheit erhöhen und keine Lösungen schaffen. Zumal ein provisorisches Budget nebst unnötigem Mehraufwand auch kostspielige Verzögerungen bei Projekten zur Folge hätte. Die vorgeschlagenen Einsparungen seien illusorisch – da oftmals – wie auch schon erwähnt – Anpassungen von Verträgen bzw. Reglementen notwendig würden. Die «Schwarzmalerei» von reicher zu armer Gemeinde, könne die SP nicht unterstützen. Die Budgetrückweisung werde seitens SP Bottmingen dezidiert abgelehnt.

Der **Vorsitzende** ergreift das Wort und präzisiert: Die Gemeindekommission habe im BiBo die Ankündigung der Budgetrückweisung publiziert – der formelle Antrag der Budgetzurückweisung sei aktuell noch nicht erfolgt, er wurde lediglich in der Einführung diskutiert. Beim Beschluss, auf das Geschäft einzutreten, müsse formell eine Budgetrückweisung im Verlaufe der Beratung beantragt werden.

■■■■■ hat eine Verständnisfrage: 1%-Punkt Steuern entspricht ca. CHF 600'000 Steuereinnahmen, bei +5%-Punkte würde das den CHF 3 Mio entsprechen. Wieso zeige sich der Fiskalertrag denn unverändert?

Matthias Richter: Der Fiskalertrag habe die 50% bereits inkludiert und sei daher gleichbleibend, da die Vermögenssteuern um ca. CHF 2 Mio gesunken seien. Die Steuerkraft mache die dritte Million aus.

■■■■■: Wurde demnach die Vermögenssteuer damit verrechnet?

Matthias Richter: eine gewisse Steuererhöhung würde lediglich diesen fehlenden Teil kompensieren.

■■■■■: Nach Aussagen des Gemeinderats sei die Vermögenssteuer um ca. CHF 2 Mio gesunken und aktuell lediglich 47% der VIP veranlagt worden, das wären derzeit +/- ¾ der normalen Anzahl zu Veranlagende. Er erwarte deshalb, dass wenn alle Personen veranlagt

worden seien, ein Betrag hinzukommen würde, welcher die CHF 2 Mio sinken liesse. Des Weiteren läge der zu erhöhende Steuerfussanteil bei CHF 3 Mio. Addiere er davon die CHF 2 Mio würde noch immer CHF 1 Mio bleiben; nehme er da erneute CHF 300'000 bis 400'000 dazu, wäre der Ertrag seines Erachtens noch immer grösser als der, welcher seitens des Gemeinderats ausgewiesen worden sei; insofern ging er nicht einig mit der Erklärung.

Matthias Richter übergibt das Wort an **Maurus Zink** (Leiter Finanzen und Wirtschaft): Aufgrund der Reduktion der Vermögenssteuern durch den Kanton seien die provisorischen Vorausrechnungen auf Anfang des Jahres 2024 für die Periode 2023 um CHF 2 Mio zurückgegangen. Dies entspreche einer Reduktion eines Drittels, (seitens Kanton mit 34% prognostiziert), ohne allerdings zu wissen, was die Gegenmassnahme, also die Aufhebung der kantonalen Steuerwerte, an Korrekturen bewirke. Der Gemeinderat und die Finanzabteilung seien davon ausgegangen, dass von diesem genannten (ein Drittel) Rückgang, ein Fünftel, sprich 20% dauerhaft sein könnten. Das Budget 2025 sieht vor, dass von den CHF 2 Mio (*ergänzt die Ausführungen des GR Matthias Richter*) mehrere CHF 100'000 wieder «reinkommen». Reduziere man die CHF 6 Mio Vermögenssteuerertrag um 20%, wäre man bei den effektiv fehlenden CHF 1.2 Mio., welche im Finanzausgleich entsprechend abgebildet worden seien.

[REDACTED]: Das würde aber heissen, dass die Vorauszahlungen auf die gleichbleibenden Personenanzahl von 66 erfolgt sei, und nicht auf reduzierten 47 Personen.

Maurus Zink: Diese Statistik basiere auf dem vollständigen Bestand an definitiven Veranlagungen aus dem Jahre 2021. Für das Steuerjahr 2023 habe man Anfang 2024 die provisorischen Veranlagungen verschickt, was CHF 2 Mio plus CHF 1.8 Mio ergeben hätten. Vergleiche man das letzte Ergebnis mit der neuen Situation, resultiere ein Minus von knapp CHF 2 Mio. Ferner erläutert er noch den Begriff eines «VIP» Steuerzahlers: *«Eine Steuerperson, welche kombiniert CHF 20'000 (Einkommenssteuer) und CHF 5'000 (Vermögensteuer) bezahlt»*. In Bottmingen mache dies lediglich 1% der Steuerpflichtigen Personen aus.

Falls weitere Fragen oder Unklarheiten be- oder entstehen, dürfe man sich gerne an die Gemeindeverwaltung wenden, so der Leiter Finanzen weiter.

Andreas Frieden: *Stellt hiermit offiziell den Antrag, das Budget 2025 zurückzuweisen und den Steuerfuss auf 47% anstatt auf 50% zu erhöhen.*

Der **Vorsitzende**: Mit diesem Rückweisungsantrag sei ein Ordnungsantrag gestellt worden. Bevor also mit der Beratung weitergefahren werden könne, müsse über diesen Rückweisungsantrag befunden werden. Die Diskussion sei eröffnet, allerdings lediglich über den Rückweisungsantrag.

Tim Hagmann, Landrat Grünliberale: Die Grünliberalen schliessen sich den Sozialdemokraten an, stelle er sich doch die Frage, was der Grund sei, über eine Steuererhöhung zu diskutieren (die keinen jubeln liesse). Es sei finanzpolitischer Fakt, dass die Mehrausgaben aufgrund der Demografie und bezüglich der Bildung (stetes Wachstum) resultieren. Bottmingen sein nicht die einzige Gemeinde, die vor der Anhebung des Steuerfusses stünde. Es sei die ganze «Agglomeration» betroffen. Die Grünliberalen appellieren an die Einwohner, vernünftig zu sein und keine Vogelstrausstaktik anzuwenden.

Der **Vorsitzende** erfragt Wortmeldung zum Rückweisungsantrag.

Hanspeter Weibel: Er möchte mit einem Lob an den Gemeinderat einsteigen. 22 Jahre habe er an den Gemeindeversammlungen teilgenommen und nehme jetzt mit Freude zur Kenntnis, dass der Gemeinderat die doch sehr schwierige finanzielle Situation zum ersten Mal erkannt habe. Bei einem Rückweisungsantrag ginge es eigentlich nur darum, den Gemeinderat in seiner Aufgabe zu unterstützen. Die Gemeinde Bottmingen habe diverse Anspruchsgruppen, welche Geld – für irgendetwas fordern – und entsprechend Druck machen. Damit man den Gemeinderat ein kleines bisschen entlasten könne, sei es dringlich, das Budget zurückzuweisen. Es brauche

sich niemand zu sorgen, die gebundenen Ausgaben seien nicht betroffen; diese würden ungehindert weiterlaufen.

Weil es ihm aber ein Anliegen sei, dass man seine Beweggründe für eine Budgetrückweisung nachvollziehen könne, wolle er ein paar summarische Positionen aufzeigen, welche sich aktuell im 6-stelligen Bereich befänden. Allein mit den Streichungen von Schulbauten; Werkhof; Bibliothek; Verkehrsberuhigungen; Trottoirverbreiterungen; Ortsbushaltestellen etc. liesse sich in einem neuen Budget locker CHF 1.8 Mio bis CHF 2 Mio einsparen.

Dem Gemeinderat habe die Zeit gefehlt, das Budget erneuert zu überprüfen, bzw. adäquate Streichungen vorzunehmen. Diese Zeit werde ihm bis zur März-GV gegeben, wenn die Bevölkerung der Rückweisung des Budgets stattgebe. Bei einer Budgetgenehmigung indes würde alles weiterlaufen, wie anhin und das sei schlicht nicht akzeptabel. Der Gemeinderat würde dem zwar nicht zustimmen und es auch nicht zugeben, aber er brauche diesen Druck. Die Wahlen des Gemeinderats habe drei neue Mitglieder gebracht, was er als Glück bezeichne, da diese nicht mit den Altlasten konfrontiert seien. Er appelliere daher an die Einwohner, diese Chance zu nutzen.

Der **Vorsitzende** legt dar, dass es sich bei den erwähnten Budgetpositionen mehrheitlich um Investitionen handle, welche nicht unmittelbar in der Erfolgsrechnung – sondern später als Abschreibung – erscheinen würden.

Alsdann gibt der **Vorsitzende** allgemeine Hinweise zur Budgetrückweisung: Die Gemeinde würde ihre gesetzlichen Aufgaben weiterhin erfüllen können (Löhne und Sozialleistungen würden weiter ausbezahlt). Was dem Gemeinderat untersagt sei, wäre der vorsorgende Unterhalt in Liegenschaften (ausgenommen Arbeiten, die unumgänglich seien); es wäre ihm ferner untersagt, Vereinsbeiträge auszubezahlen; Exkursionen und Schullager zu finanzieren sowie Weiterbildungen und Projekte zu unterstützen. Auch der geplante Neujahrsapéro am 5. Januar 2025 würde gestrichen, sofern das Budget zurückgewiesen würde.

■■■■■: Hat lediglich eine Frage zum Ablauf die Rückweisung betreffend. Andreas Frieden habe den Antrag auf 2% Steueranhebung (anstatt 5%) gestellt. Würde darüber auch abgestimmt werden können, wenn die Budgetrückweisung erfolgen würde?

Der **Vorsitzende** stellt klar: Das Gemeindegesetz sehe vor, dass Budget und Steuerfuss an der gleichen Versammlung beschlossen werden müssen. Würde das Budget zurückgewiesen, könne man auch nicht über einen neuen Steuerfuss befinden.

Beat Flury: Er spreche im Namen der FDP-Bottmingen, welche an der Parteiversammlung das Budget intensiv diskutiert habe und übereingekommen sei, dass der GR, insbesondere der Departementsvorsteher Finanzen, Gemeinderat Matthias Richter, sehr gute Arbeit geleistet habe mit der genauen Situationsanalyse. Die FDP-Bottmingen spreche sich klar dafür aus, dass diese Arbeit konstruktiv weitergeführt werde - und die Gemeinde weiterhin handlungsfähig bleibe. Deshalb sei eine Budgetrückweisung nicht das richtige Instrument.

Rainer Knaack: Seitens der SP wolle er beantragen, dem GK-Antrag *das Budget zurückzuweisen*, nicht zu folgen und stattdessen das Budget 2025 so zu belassen. Er habe – auch nach den Ausführungen des neuen Finanzchefs – den Eindruck gewonnen, dass der Gemeinderat ernsthaft besorgt sei und mit Nachdruck die einzelnen Positionen beleuchten werde.

■■■■■: Er sei der Ansicht, dass es falsch sei, wenn man äussere, der Gemeinderat habe alles richtig gemacht, dann aber wolle man sein Budget zurückweisen. Eine Rückweisung käme einem Eingeständnis von Unwissen oder Ratlosigkeit gleich. Mit Richtungsweisungen, Ratschlägen u/o Lösungsanträgen, könne man den Gemeinderat unterstützen, welcher nicht «gezwungen» sei, das Budget auszugeben. Aus eigener Erfahrung appelliere er an die Gemeinde, das Budget nicht zurückzuweisen, sondern modifiziert zu genehmigen.

Jacqueline Wunderer, neues GK-Mitglied der SVP-Bottmingen, spricht sich im Namen der Partei aus und unterstützt vollumfänglich den Antrag der Gemeindekommission, das Budget zurückzuweisen. Im Vorfeld an diese Gemeindeversammlung fanden intensive Beratungen innerhalb der Kommission statt und das Ergebnis von 9:2 Stimmen spreche eindeutig für diese Rückweisung.

Sie selbst blicke auf 12 Jahre als Gemeinderätin zurück und damit auf positive wie negative Jahre, in welchen das Budget vorgestellt wurde. Sie erachte es daher als Chance für den Gemeinderat, wenn das Budget zurückgewiesen werde, denn dadurch bekäme er einen klaren Auftrag und die Kommission indes trage die Verantwortung dem Gemeinderat mitzuteilen, was für sie ersichtlich gewesen sei. Auch mit einem «Notbudget» würden die notwendigen Ausgaben weiterhin gesichert, und wenn am 5. Januar 2025 jeder mit einer 20-er Note in der Hosentasche an den Neujahrsapéro käme, könne man sich auch diesen leisten.

██████████: Er stelle fest, dass er bis anhin noch keinen Antrag auf Rückweisung gehört habe.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Antrag auf Rückweisung offiziell von Andreas Frieden gestellt worden sei, weshalb diese Diskussionsrunde sich nach wie vor ausschliesslich auf diesen Rückweisungsantrag beziehe und nicht auf das Budget.

██████████: Dass der vermeintlich «schwache» Gemeinderat gestärkt werden müsse, sei bis anhin als einziger Grund für den Antrag um Rückweisung genannt worden, ansonsten habe er keine weiteren Argumente vernehmen können.

Der **Vorsitzende** fragt nach, ob Wortbegehren vorlägen. Da dies nicht der Fall ist, schliesst der **Vorsitzende** die Diskussion und geht zur **Abstimmung** über.

Beschlüsse:

:/// Der Antrag auf Rückweisung des Budgets 2025 wird mit 65 JA-Stimmen zu 108 NEIN-Stimmen (bei 24 Enthaltungen) abgelehnt.

Der **Vorsitzende** eröffnet die Diskussion über das Budget 2025.

Beat Flury: Im Namen der FDP-Bottmingen stelle er formell den Antrag, den Steuersatz nicht um 5%-Punkte, sondern um 3%-Punkte anzuheben. Die FDP-Bottmingen erachte diese Erhöhung als gutes Niveau, um Mehreinnahmen zu generieren, aber einen gewissen Spardruck aufrecht zu erhalten und sämtliche Leistungen, welche die Gemeinde für die Bevölkerung erbringt, noch einmal zu überdenken. In einem Jahr an der Dezember-GV 2025 könne man dann ersehen, wie sich die Steuereinnahmen entwickelt hätten und welche Vorschläge und Ergebnisse für das neue Budget erarbeitet worden seien.

Hanspeter Weibel: Vorbemerkung – und um die Interessenslage gleich offenzulegen. Er werde im Verlaufe des nächsten halben Jahres die Gemeinde Bottmingen verlassen, weshalb er von den heutigen Beschlüssen nicht mehr betroffen sei. Dennoch erlaube er sich ein paar Hinweise zum Budget abzugeben. Der Gemeinderat habe die elegante Formulierung «*Bottmingen habe keine externen Schulden*» gewählt, worauf Gemeindekommissionsmitglied Andreas Frieden, zurecht darauf hinwies, dass Bottmingen intern CHF 30 Mio Schulden aufweise. Wie habe es überhaupt so weit kommen können? Man habe die Spezialfinanzierungskassen geplündert. Das sei gesetzeskonform als internes Darlehen ausgewiesen. Ungeachtet dessen, seien diese Millionen aber ausgegeben und nicht mehr vorhanden. Derartige Rechnungsführungsprobleme, seien zwingend transparent zu halten. Die Bevölkerung finanziere diese Schulden von CHF 30 Mio., welche zu 1% verzinst werden (was einem halben Steuerprozent entspricht) nun mit. Das wiederum bedeute für ihn, so willig der Gemeinderat künftig auch sein möge, diese Finanzierung wieder in Ordnung zu bringen, dürfte nicht ganz so einfach werden.

Die SVP-Bottmingen habe beschlossen, der Gemeinde Bottmingen eine Steuererhöhung von 2%-Punkten zu empfehlen. Bevor es zur Entscheidung (zum «Bazar») komme, die Anpassung des



Steuerfusses betreffend, erlaube er sich noch folgende Bemerkungen: 25% der steuerpflichtigen Personen in Bottmingen zahlen aktuell keine Steuern in der Gemeinde, was die Steuereinnahmen pro Person im Verlaufe der Jahre sinken liess.

Dafür aber seien die Kosten im Bildungsbereich enorm in die Höhe geschossen. Einflussfaktoren zum Defizit seien die tieferen Vermögenssteuern [ca. CHF 0.9 Mio], die Tagesstruktur [ca. CHF 0.9 Mio] und die wachsende Einwohnerzahl [*mehr Kleinkinder bzw. alte Menschen, weshalb der Steuerertrag pro Steuerzahler zurückginge*]. Diese Schere des Defizits (einnahmeseitig Steuererhöhung - ausgabeseitig (wie erwähnt, die Schulbauten, Werkhof, Bibliothek, Verkehrsberuhigungen, Trottoirverbreiterungen, Ortsbushaltestellen etc.) stelle Bottmingen vor enorme Herausforderungen.

Was sich die Gemeinde wünsche, in den nächsten Jahren zu finanzieren, bliebe beim Wunsch. Denn es entspreche keineswegs (mehr) dem Können. Und über die Grössenordnung, welche man betr. der Steuerfusserhöhung thematisieren müsse, belaufe sich dann deutlich über 5%-Punkte, womit die «Attraktivität» unter den fünf günstigsten Gemeinden im Baselland bleiben zu wollen, definitiv zunichte sei. Die tatsächliche Konkurrenz für Bottmingen seien nicht die umliegenden Gemeinden im Kanton Baselland, sondern vielmehr die anderen Gemeinden in der Schweiz, namentlich, der Kanton Zug oder die Gemeinden in der Zentralschweiz. Er wünsche der Bottminger Gemeinde einzig, dass diese sich «gut» entscheide, wenn es um die Anpassung des Steuerfusses gehe.

Lucia Mikeler Knaack, SP Bottmingen: Die vom Gemeinderat vorgeschlagene Steuerfusserhöhung (45% auf 50%) sei – auch für die SP – happig. Dennoch sei dieser Vorschlag ihres Erachtens erklärbar. Allein schon die gesunkene Vermögenssteuer (die SP habe sich nie für diese Senkung der Vermögenssteuern ausgesprochen) reisse ein Loch in die Kasse von ca. CHF 2 Mio, was ca. 3% der Steuern entspreche. Durch diese Reduktion habe Bottmingen bereits ein strukturelles Defizit vorzuweisen. Das Budget 2025 sei seitens des Gemeinderats bereits massiv gekürzt worden und obschon es rote Zahlen aufzeige und die Kürzungen der Vereinsbeiträge im Sport und anderer Institutionen die SP schmerze, stimme sie diesem zu. Es dürfe nicht vergessen werden, dass Bottmingen während Jahren einen rekordtiefen Steuersatz genoss und auch mit dem Steuersatz von 50% weiterhin unter den günstigen Gemeinden (und entgegen dem kürzlich veröffentlichten BiBo-Artikel) eine wohlhabende Gemeinde sei. Diese Steuererhöhung sei nicht «einfach» eine Entscheidung, sondern eine notwendige Massnahme, um eine langfristige Stabilität zu gewährleisten und der Bevölkerung gegenüber eine Verpflichtung, um eine finanzielle Schieflage zu verhindern und letztlich, um die Handlungsfähigkeit der Gemeinde zu wahren. Eine moderate Steuererhöhung verteile die finanzielle Verantwortung auf faire Weise auf die gesamte Bevölkerung. Diese Massnahme würde überdies sicherstellen, dass künftige Generationen von einer gut funktionierenden Gemeinde profitieren können.

Zu den vorangehenden Ausführungen von Hanspeter Weibel möchte sie wie folgt Stellung nehmen: Würde die Finanzierung der ergänzenden Schulleistungen oder KITA-Betreuungen besser finanziert resp. subventioniert, könnten Mütter wieder in die Berufswelt einsteigen und dazu beitragen, dass mehr Steuern einbezahlt würden. Die SP unterstütze die beantragte Steuererhöhung von 45% auf 50%.

Im Rahmen der Detailberatung zum Budget wolle sie auf diesem Wege noch den *Antrag* stellen, dass die Bereiche «Kulturförderung» und «Hilfsprojekte» weiterhin unterstützt würden und die *Gelder für das Theater Basel (CHF 35'000) und die Katastrophenhilfe im Inland (CHF 15'000) resp. Ausland (CHF 20'000) nicht gestrichen würden*. Diese CHF 70'000 entsprechen ca. 0.1%. Sie bedanke sich für die Unterstützung.

Der **Vorsitzende:** Aufgrund der Annahme, dass während der Beratung noch weitere Änderungsanträge folgen würden, schlage er vor, die jeweiligen Anträge gesammelt aufzunehmen und auszumehren.

Allgemeine Zustimmung der Versammlung zu diesem Vorgehen.

Tim Hagmann, Landrat Grünliberale: Hanspeter Weibel habe mit vielem richtig gelegen. Die Bewertungen der Situationen allerdings, könne unterschiedlich betrachtet werden. Angefangen mit der Bezeichnung des «Bazars», was die Anträge auf Steuererhöhung zwischen 2% bis 5% betreffe.

Es liege einzig und allein ein faktenbasierter, sauber durchgerechneter Vorschlag vor, und das sei jener des Gemeinderats und selbst mit der Erhöhung von 5%-Punkten, bliebe ein budgetiertes Defizit bestehen. Er weise darauf hin, dass es psychologisch nicht sinnvoll wäre, jährlich die Steuern anzupassen, würde dies letztlich dazu führen, dass die Einwohner mehrfach «getriggert» würden. Wo hingegen eine Erhöhung (wenngleich etwas höher, dafür beständig) die Menschen «gelassener» liesse. Betreffend des Wettbewerbs mit dem Kanton Zug, so sei es absolut irrelevant, was Bottmingen künftig an Einsparungen versuche. Der Kanton Zug sei um ein Vielfaches günstiger, sodass jedermann, der dorthin ziehen möchte, es auch tue, losgelöst der künftigen Sparpläne unserer Gemeinderäte. Die (zu Recht) erwähnten CHF 30 Mio. Schulden seien vorhanden und gingen auch nicht weg, wenn man nichts dagegen unternehmen würde, sie würden nur noch höher. Wie mehrfach erwähnt, spreche man von Problemen, sowohl einnahmeseitig (angenommene Vermögensreform, für welche sich – mea culpa – auch die Grünliberalen ausgesprochen hätten), wie auch ausgabeseitig (exogen getrieben, durch erhöhte Pflege- bzw. Bildungskosten).

■: Auch der Vorschlag der 2% wurde im Vorfeld gewiss durchdacht. Seiner Meinung nach sei die Anhebung von 5% (entspricht dem Zweifachen, der vor 15 Jahren vorgenommenen Steueranhebung) zu aggressiv. Die Angstverbreitung und Äusserung, man brauche diese 5%, um in ein paar Jahre erneut vor die Gemeinde zu treten und die Ansätze zu erhöhen, liesse die Attraktivität massiv schwinden. Seines Erachtens müsse es für die Gemeinde ein Minimalziel sein, unter den fünf günstigsten Gemeinden Bestand zu haben.

Hanspeter Weibel bedankt sich bei Tim Hagmann für das aufmerksame Zuhören, er wäre aber froh gewesen, er hätte ihn richtig verstanden. Nach Tim Hagmanns Aussage sei der einzig faktenbasierte Vorschlag der Steuerfussanpassung jener des Gemeinderats gewesen. Er habe bei seinen Ausführungen die 2% damit belegt, dass sich diese aus dem Verlust der Senkung der Vermögenssteuern errechnen liessen und diese somit wieder kompensiert werden könnten - also durchaus faktenbasiert.

Betreffend die CHF 30 Mio, so habe er diese im Sinne von einer «Lehre daraus ziehen» erwähnt, kombiniert mit der Frage, «wie habe es so weit kommen können». Es sei mangelnde Transparenz gewesen, welche dazu führte. Der Gemeinderat habe die Einwohner nicht darüber informiert, dass man das Geld aus der Spezialfinanzierungskasse genommen und für etwas anderes verwendet habe, somit bekam die Gemeinde auch nie die Möglichkeit, darüber abzustimmen. Das war in diesem Sinne sein Hinweis, diese Fehler künftig nicht mehr zu machen. Zu guter Letzt komme er noch zum Punkt des Wegzugs: Bei all jenen, welche aus Bottmingen wegziehen könnten (gemeint sind diese Bewohner, welche aktuell massiven Fiskalertrag bringen) müssten die Einwohner diese Fehlbeträge wieder ausgleichen.

■: Die SP-Präsidentin spreche von einer moderaten Steuererhöhung. Seines Erachtens spreche man bei 10% nicht mehr von moderat. Es handle sich um sehr viel Geld. Würde Coop «über Nacht» auf Lebensmittel 10% Zuschlag verlangen, wären wir alle verärgert. Seitens des Gemeinderats habe man wiederholt vernommen, man habe «konservativ» gerechnet, «konservative» Annahmen vorausgesetzt etc., was so viel bedeute wie «es hätte viel besser ausgehen können». Weshalb er sich die Frage stelle, ob es denn tatsächlich die 10% Erhöhung brauche. Eine kurze Rechenaufgabe: 10% Erhöhung = CHF 3 Mio. minus CHF 2 Mio. (verlorene Vermögenssteuern) = CHF 1 Mio Ertrag (was immerhin die Hälfte des Budgetverlustes ausgleiche). Die 2% bis 3% Erhöhungen, welche aktuell im Raum stünden, seien demnach ausreichend und würden gewissen Spielraum für weiteres Potential bzw. dem GR den Anreiz lassen, zu sparen. Einfach nur Geld ausgeben - um des Geldes wegen - sei nicht im Interesse der Einwohner Bottmingen.

Sofie Keller: Bereits vor einem Jahr habe man vernehmen können, dass es in absehbarer Zeit zu einer Steuererhöhung von mind. 2% bis 3%-Punkte kommen werde. Inzwischen sei deutlich

gemacht worden, dass die Lage ernster sei, wie bis anhin vermutet. Die schrittweisen Erhöhungen (von 2% bzw. 3%-Punkte) seien letztes Jahr noch ein Thema gewesen.

Der damals geäusserte Änderungsantrag, den Steuersatz für natürliche Personen per 1.1.2025 von 45% auf 47% zu erhöhen, wurde grossmehrheitlich abgelehnt. Stand heute: Auch mit der Erhöhung von 5%-Punkten sei Bottmingen mit knapp berechnetem Budget unterwegs. Gewisse Einsparungsideen seien vorhanden, liessen sich aber erst später umsetzen. Grosse Investitionen stünden der Gemeinde noch bevor. Sie verstehe die «Knausrigkeit» nicht. Es ginge doch darum, in Zukunft nicht handlungsunfähig zu sein.

[REDACTED]: Einiges habe man in den letzten Stunden gehört: Voten betr. die Prozentpunkte der Steuererhöhung seien vorliegend, kaum aber sei laut geworden, wo denn Geld eingespart werden solle. Das «freie» Kapital, sprich Geld, welches seitens Gemeinde ausgegeben werden könne, läge bei ca. CHF 3.5 Mio. und entspreche dem fehlenden Budgetbetrag. Um Einsparungen vorzunehmen, müsse alles Geld, welches frei ausgegeben werden könne, gestrichen werden.

Es sei für ihn nicht nachvollziehbar, wieso der Gemeinderat aktuell dieses Misstrauen erfahre und wo sich die Demokratiefähigkeit befände. Alsdann stelle er die Aussage von Hanspeter Weibel in Frage: Es könne sein, dass die Einwohner damals bei der Bewilligung der CHF 30 Mio., nicht transparent erfahren hätten, ob dieses von Fremd- oder internem Kapital stamme. Er glaube aber, dass kaum je Geld ausgegeben worden sei, welches nicht von der Einwohnergemeinde bewilligt worden sei. Die SP-Präsidentin habe als einzige einen Antrag auf anstehende Ausgaben gestellt, nämlich diesen, ein kleines bisschen weniger zu sparen. Dass über die Streichung von CHF 20'000 für die internationale Nothilfe beschlossen werde, sei seiner Ansicht nach mehr als jämmerlich, wenn man ein Defizit von CHF 3.8 Mio aufzeige, weshalb er schmackhaft mache – einhergehend mit dem Appell an die Demokratiefähigkeit – dem Antrag von Lucia Mikeler-Knaack wie auch dem Antrag des Gemeinderats zuzustimmen und das Geld, welches zur Ausgabe bewilligt worden sei, dem Gemeinderat auch zur Verfügung zu stellen.

Markus Wahl: 40 Jahre alt habe er werden müssen, um zu begreifen, dass man zuerst sparen müsse, um Geld ausgeben zu können. Dass der Gemeinderat den Prozess erst gestartet habe, als er feststellte, dass man zu wenig Geld habe und nicht früher geschaut habe, wo man effektiver werden und Einsparungen vornehmen könne, sei seines Erachtens absurd, weshalb jetzt Druck aufgebaut werden müsse. (*Wendet sich mit nachfolgenden Worten an Lucia Mikeler-Knaack*) Er habe als Vertreter des Open Air Kinos Bottmingen, wie auch des Theaters Basel (beide Positionen seien auf der Liste der gestrichenen Angebote gestanden) und als Reaktion der Selbstverantwortung, die Zahlungen einfach selbst an die Hand genommen.

Da keine Wortmeldungen mehr zu verzeichnen sind, schliesst der **Vorsitzende** die Diskussion und geht zur **Abstimmung** über, wobei in einem ersten Schritt über die *Änderungsanträge* und danach über das Budget 2025 (mit oder ohne diese Anträge) abgestimmt wird. Zum Schluss dann folgen die Steuerfüsse. Dabei werden folgende Beschlüsse gefasst:

Beschlüsse:

://: Im Rahmen der Detailberatung des Budgets lehnte die Versammlung drei *Änderungsanträge der SP Bottmingen* ab:

- Kulturförderung, Beitrag von CHF 35'000 ans Theater Basel: 31 JA-Stimmen zu 135 NEIN-Stimmen (bei elf Enthaltungen);
- Katastrophenhilfe im Inland, Beitrag von CHF 15'000: 45 JA-Stimmen zu 105 NEIN-Stimmen (bei 26 Enthaltungen);
- Katastrophenhilfe im Ausland, Beitrag von CHF 20'000: 49 JA-Stimmen zu 116 NEIN-Stimmen (bei 22 Enthaltungen).

1. Das Budget 2025, mit einem Aufwandüberschuss von CHF 3'392'380, wurde mit 98 JA-Stimmen gegenüber 72 NEIN-Stimmen (bei 16 Enthaltungen) angenommen. Der seitens der *Gemeindekommission* gestellte *Antrag auf Rückweisung des Budgets*

- wurde von den Stimmberechtigten mit 65 JA-Stimmen zu 108 NEIN-Stimmen abgelehnt.
2. Die Gemeindesteuerfüsse für das Jahr 2025 wurden wie folgt festgesetzt:
 - a) Einkommens- und Vermögenssteuer der natürlichen Personen neu auf 48% der Staatssteuer (vgl. Details unten),
 - b) Ertrags- und Kapitalsteuer der juristischen Personen, Sondersatz für ehemalige Statusgesellschaften wie bisher 49 % der Staatssteuer (einstimmig).
 3. Der Wasserzins wird bei CHF 1.60/m³ (+ MwSt.) unverändert belassen (einstimmig).
 4. Die Abwassergebühr wird bei CHF 1.60/m³ (+ MwSt.) verbrauchten Trinkwassers belassen (grossmehrheitlich).

Details: Der Antrag der FDP betr. eine Steuerfuss-Erhöhung um 3%-Punkte obsiegte gegenüber dem Antrag der SVP (Erhöhung um 2%-Punkte) mit 92 zu 71 Stimmen.

Der Antrag der FDP betr. eine Steuerfuss-Erhöhung um 3%-Punkte obsiegte gegenüber dem Gemeinderatsantrag (Erhöhung um 5%-Punkte) mit 137 zu 46 Stimmen.

4. Gemeindeinitiative für eine Teilrevision des Finanzausgleichsgesetzes

Der **Vorsitzende** erläutert, um was es bei dieser Teilrevision des Finanzausgleichs gehe. Über mehrere Jahre hätten Vertretungen der Gemeinden zusammen mit dem Kanton um einen Kompromiss für die Revision des Finanzausgleichsgesetzes zwischen Geber- und Empfängergemeinden auf der einen Seite, dem Kanton auf der anderen Seite verhandelt. Man habe damit u. a. das Ziel gehabt, den horizontalen Finanzausgleich unter den Gemeinden auf eine angemessenere Grössenordnung zu reduzieren und gleichzeitig die vom Kanton zugesprochenen Ausgleichszahlungen für Abgeltung von gewissen Lasten anzupassen. Obschon sämtliche Parteien sich dafür ausgesprochen hätten, habe der Regierungsrat das Geschäft letztlich (aufgrund der schlechten Finanzlage des Kantons) nicht in den Landrat gebracht. Die Gebergemeinden (Allschwil, Arlesheim, Biel-Benken, Binningen, Bottmingen, Muttensz, Oberwil, Reinach, Schönenbuch und Therwil) schlossen sich daraufhin zu einer Interessengemeinschaft zusammen und starteten eine Initiative, um an den damals vereinbarten Punkten festzuhalten und darüber abstimmen zu können. Die Initiative (inzwischen hätten fünf Gemeinden zustimmende Beschlüsse gefasst) sei inzwischen zustande gekommen. Aufgrund der Solidarität und um das Votum der Bevölkerung einzuholen, sollte es zu einem Abstimmungskampf kommen, sei der Gemeinderat aber übereingekommen, das Traktandum stehen zu lassen (beim Veröffentlichen der Traktandenliste seien die Beschlüsse noch nicht abschliessend vorgelegen).

Andreas Frieden, Sprecher der Gemeindekommission: Der Vorsitzende habe sämtliche wichtigen Daten aufgezeigt, weshalb er nur kurz ergänzen möchte, dass auch die Gemeindekommission dieses Geschäft unterstütze, damit bleibe ein kleines bisschen mehr in Bottmingen und ein kleines bisschen weniger im Oberbaselbiet.

Auf Nachfrage **des Vorsitzenden** ist das Eintreten unbestritten, woraufhin die Diskussion eröffnet wird.

Es folgen keine Wortmeldungen, worauf der **Vorsitzende** direkt zur Abstimmung übergeht.

Beschluss:

://: Die Gemeindeinitiative für eine Teilrevision des Finanzausgleichsgesetzes wurde ebenfalls grossmehrheitlich angenommen – dies als Zeichen der Solidarität mit den Initiativgemeinden.

5. Diverses

Der **Vorsitzende** dankt allen Beteiligten für die Vorbereitung der Gemeindeversammlung und den anwesenden Stimmberechtigten, welche sich die Zeit genommen hätten, sich mit den Geschäften der Gemeindeversammlung vertraut zu machen. Er hoffe, die Einwohnerinnen und Einwohner am 5. Januar 2025 zum Neujahrsapéro begrüßen zu dürfen, welcher nun wie geplant durchgeführt werden könne. Die nächste Gemeindeversammlung sei für Montag, 17. März 2025 geplant. Er bedankt sich ganz besonders auch bei den Einwohnern für ihr Kommen, für das Interesse, sich an den Diskussionen rege zu beteiligen. So zahlreich sei die Gemeindeversammlung lange nicht mehr besucht gewesen.

Der **Vorsitzende** verabschiedet die Anwesenden mit den besten Festtagswünschen.

Es folgen keine Wortmeldungen, worauf der **Vorsitzende** die Versammlung schliesst.

Schluss der Versammlung: 22.15 Uhr

Anwesend: 195 Stimmberechtigte

Der Gemeindepräsident:



Christian Caderas

Der Gemeindeverwalter:



Martin R. Duthaler

Bottmingen, 15. Januar 2025